

Satzung des IGEDOS e.V. (Stand 12.03.2009)

§ 1 Name und Sitz

1. Der Verband ist beim Amtsgericht Bonn eingetragen und führt den Namen Interessengemeinschaft der Opel-Spezialisten e.V. Als Abkürzung wird IGEDOS geführt.
2. Sitz des Verbandes ist 53129 Bonn.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck

Der Verband bezweckt als Interessenvertretung unter anderem die Vertretung und Förderung aller Anliegen und Rechte seiner Mitglieder, insbesondere im Rahmen gemeinschaftlicher Belange soweit Gesetz oder Satzung ein Tätigwerden nicht ausschließen. Insbesondere ist das Ziel des IGEDOS-Verbandes, die gemeinsame Vertretung gegenüber Vertragshändlern der Adam Opel GmbH und der Adam Opel GmbH. Der Verband ist bestrebt, in partnerschaftlichem Dialog und zum Nutzen von Kunden, Adam Opel GmbH, Vertragshändlern und IGEDOS seine Vorstellungen zu entwickeln.

Der Zweck des Verbandes ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet. Er übt keine Aufsicht auf die Geschäftsbetriebe seiner Mitglieder aus. Der Verband ist überparteilich und überkonfessionell.

§ 3 Aufgaben

Der Verband vertritt insbesondere die allgemeinen und besonderen wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder und unterstützt Maßnahmen der internen Wirtschaftsförderung:

Der Verband-

1. informiert und berät seine Mitglieder,
2. pflegt und fördert den Gemeinschaftsgeist
3. fördert und bildet Einrichtungen und Veranstaltungen zur Schulung, gemeinsamer Einkaufsmöglichkeiten auf dem Teile-, Ausrüster- und Fahrzeugmarkt;
4. bemüht sich um eine Teilnahme in den Händlerratsausschüssen des Herstellers;
5. bemüht sich um freundschaftliche Kontakte zu den Organisationen der Vertragshändler;
6. vertritt allgemein die Mitglieder bei den anstehenden Problemen der Gruppenfreistellungsverordnung, der vertraglichen Beziehung zur Adam Opel GmbH, Vertragshändlern, AOV-Betrieben sowie Opel-Vertragswerkstätten und vertragsfreien Opel-Betrieben, der EDV-Vernetzung;
7. berät seine Mitglieder auf Wunsch beim Abschluss von Verträgen;
8. entwickelt Vorstellungen an Händler und Hersteller und leitet sie an diese weiter.

§ 4 Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft ist freiwillig. Mitglieder können alle AOV-Betriebe sowie Opel-Vertragswerkstätten und vertragsfreie Opel-Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland werden. Betriebe, die nicht selbständig sind bzw. in deren Gesellschafterversammlung (oder

eine andersartige Verflechtung in ihren Besitzverhältnissen zu einem Vertragshändler haben) sich Vertreter befinden, die weder einen AOV-Betrieb noch eine Opel-Vertragswerkstatt bzw. einen vertragsfreien Opel-Betrieb mit mehrheitlichem Stimmrecht vertreten, können keine Mitgliedschaft beantragen.

Die Mitgliedschaft ist beim Vorstand oder der Geschäftsführung zu beantragen. Schriftliche Beitrittserklärung steht einem Aufnahmeantrag gleich. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Gegen einen ablehnenden Beschluss kann seitens des Antragstellers Einspruch innerhalb 30 Tage des Zugangs der Ablehnung erhoben werden. Über den Einspruch entscheidet dann die ordentliche Mitgliederversammlung auf ihrer nächstfolgenden Sitzung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Mitgliedschaft kann unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Monaten zum Ende jedes Geschäftsjahres gekündigt werden.

Die Mitgliedschaft endet:

1. ein Jahr nach Ende des AOV-Vertrages, des Opel-Werkstattvertrages bzw. Aufgabe oder Einstellung des vertragsfreien Opel-Betriebes.
2. durch Kündigung (siehe oben)
3. durch Insolvenz des Mitgliedsbetriebes
4. durch Ausschluss bei Vorliegen eines wichtigen Grundes.

Bei Kündigung der Mitgliedschaft durch den Vorstand und bei Ausschluss kann innerhalb von 30 Tagen beim Vorstand Einspruch erhoben werden. Über den Einspruch entscheidet dann die ordentliche Mitgliederversammlung auf ihrer nächsten Sitzung.

Bei Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen rückständige Beitragsverpflichtungen nicht.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

Alle Mitglieder haben gleiche Rechte und Pflichten. Sie erhalten Auskunft, Beratung und Hilfe in allen Fragen, die gemäß dieser Satzung zu den Aufgaben des Verbandes gehören. Bei anderen Fragen verweist der Verband an entsprechende Fachverbände.

Die Mitglieder sind satzungsgemäß an gefasste Beschlüsse des Verbandes gebunden und verpflichtet, die Ziele, Zwecke und Aufgaben des Verbandes zu fördern.

Die Mitgliedsfirmen verpflichten sich insbesondere:

1. dem gemeinsamen Auftreten gegenüber Vertragshändlern und der Adam Opel GmbH, den AOV-Partnern, den Opel-Vertragswerkstätten und vertragsfreien Opel-Betrieben volle Solidarität zu wahren.
2. alles zu unterlassen, was Vertragsverhandlungen der Verbandsmitglieder beeinträchtigen könnte
3. dem Verband zur Durchführung seiner Aufgaben, sachdienliche Auskünfte wahrheitsgemäß zu erteilen. Der Verband hat diese vertraulich zu behandeln
4. dem Verband ohne Aufforderung Kenntnis von allen wichtigen Vorkommnissen in Zusammenhang der Zusammenarbeit zwischen Vertragshändlern, Adam Opel GmbH, AOV, den Opel-Vertragswerkstätten und vertragsfreien Opel-Betrieben zu geben.

Die Mitgliedsfirmen verpflichten sich zur Zahlung des Beitrages.

§ 6 Mitgliedsbeitrag

Der Mitgliedsbeitrag wird per Bankeinzug erhoben und wird einmal jährlich erhoben. Die Höhe des Mitgliedsbeitrages beschließt die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit.

§ 7 Organe

Die Organe des Verbandes sind:

1. die Mitgliederversammlung;
2. der Vorstand;
3. die Geschäftsführung, soweit eingesetzt;
4. die Ausschüsse, soweit eingesetzt.

Der Vorstand kann Ausschüsse berufen, die für bestimmte Aufgaben Vorlagen an die Mitgliederversammlung und den Vorstand erarbeiten. Der Vorstand kann eine Geschäftsführung einsetzen, dieser Vorstandsbeschluss ist auf der folgenden Mitgliederversammlung mit 2/3 Mehrheit zu bestätigen.

§ 8 Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Verbandes. Sie regelt die Angelegenheiten des Verbandes, soweit diese nicht vom Vorstand entschieden werden. Die Mitgliederversammlung entscheidet durch Beschlussfassung. Maßnahmen von grundsätzlicher Bedeutung müssen von der Mitgliederversammlung genehmigt werden. Bei Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Stimmberechtigte Personen sind die Inhaber oder Geschäftsführer oder deren schriftlich bevollmächtigte Vertreter. Bei Mitgliederversammlungen sind bis zu zwei Mitarbeiter/Personen zur Anwesenheit berechtigt, je Mitgliedsbetrieb gilt nur eine Stimme.

Die Beurkundung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung erfolgt durch Unterzeichnung des Versammlungsprotokolls durch den Versammlungsleiter und dem von diesem bestimmten Protokollführer.

Eine Jahreshauptversammlung ist einmal jährlich, und zwar innerhalb der ersten 6 Monate eines Geschäftsjahres, einzuberufen. Die Einladung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mindestens 14 Tage vorher durch den amtierenden Sprecher zu erfolgen. Anträge der Mitglieder zur Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung haben rechtzeitig, mindestens eine Woche vor der Jahreshauptversammlung über den Vorstand zu erfolgen.

Auf der Jahreshauptversammlung ist unter anderem über folgende Punkte zu beschließen:

1. Entgegennahme des Geschäftsberichts;
2. Entlastung des Vorstandes;
3. Entlastung der Geschäftsführung, soweit bestellt;
4. Annahme des Haushaltsplanes für das folgende Geschäftsjahr;
5. Festsetzung der Beiträge für das neue Geschäftsjahr;
6. Mitgliedschaft des Verbandes in anderen Verbänden des KFZ-Gewerbes oder des öffentlichen Lebens.

Außerordentliche Versammlungen werden nach Bedarf oder auf Verlangen von mehr als einem Fünftel der Mitglieder vom amtierenden Sprecher einberufen. Die Einberufung ist an keine Frist oder Form gebunden.

Alle Abstimmungen erfolgen offen. Auf Antrag ist geheim abzustimmen, diesem Antrag müssen mindesten 50 % der anwesenden Stimmen zustimmen. Ausgenommen sind Vorstandswahlen, bei denen auf Antrag von mindestens 5 der anwesenden Stimmen schriftlich und geheim abzustimmen sind.

§ 9 Der Vorstand

Der Vorstand des Verbandes besteht aus fünf bis neun Mitgliedern. Es soll eine angemessene Vertretung der Mitgliedschaft nach Region und Größe der Betriebe gefunden werden.

Die Mitglieder des Vorstandes werden von der Mitgliederversammlung auf einer ordentlichen Jahreshauptversammlung für die Dauer von drei Geschäftsjahren gewählt. Bis zur Neuwahl verbleiben die Mitglieder des Vorstandes in ihren Ämtern.

Der Vorstand wählt aus seiner Mitte einen Sprecher, einen ersten und einen zweiten Stellvertreter. Die Amtszeit des Sprechers beträgt ein Jahr, endet jedoch spätestens mit dem Ende der Amtszeit des Vorstandes. Tritt der amtierende Sprecher vor Ablauf seiner Amtszeit von seinem Amt zurück, so nimmt nachfolgend dessen erster Stellvertreter das Amt des amtierenden Sprechers bis zum Ende der laufenden Amtszeit wahr; der Vorstand wählt innerhalb seiner Mitglieder einen neuen zweiten Stellvertreter des Sprechers.

Nach Ablauf der Amtszeit des Sprechers ist der Vorstand verpflichtet, einen neuen Sprecher zu wählen bzw. diesen wieder zu wählen. Der alte Sprecher bleibt bis zur Wahl seines Nachfolgers in seinem Amt.

Der Vorstand ist Vereinsvorstand im Sinne des § 26 BGB und vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich und wird seinerseits durch den amtierenden Sprecher vertreten. Zu verpflichtenden Erklärungen genügt die Unterschrift von zwei Vorstandsmitgliedern. Der Vorstand kann nach Beschluss der Mitgliederversammlung einen Geschäftsführer bestellen und zur Vertretung des Verbandes beauftragen sowie ihm auch sonstige Rechte zur Vornahme von Handlungen sowie zur Abgabe oder zum Empfang von rechtsgeschäftlichen Willenserklärungen übertragen. Der Vorstand kann durch einfachen Vorstandsbeschluss Beraterverträge abschließen. Die Tätigkeit des Vorstandes wird nach Spesen abgerechnet und von den Kassenprüfern kontrolliert. Weitere Vergütungen erfolgen nicht.

§ 10 Kassenprüfer

Der Vorstand oder der von ihm bestellte Geschäftsführer führen über alle Geschäftsvorfälle sorgfältige Aufzeichnungen. Rechtzeitig zur Jahreshauptversammlung hat der Vorstand einen Geschäftsbericht zu erstellen. Die Belege hierzu werden von zwei Kassenprüfern eingesehen und geprüft. Sie berichten der Mitgliederversammlung. Die Kassenprüfer dürfen nicht gleichzeitig Vorstandsmitglieder sein. Die Finanzprüfer werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Geschäftsjahren gewählt. Sie sind gehalten, sich beim Kassenbericht von einem externen Steuerberater unterstützen zu lassen.

§ 11 Auflösung des Verbandes

Die Auflösung des Verbandes kann nur von der Mitgliederversammlung beschlossen werden. Zur Wirksamkeit eines solchen Beschlusses ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder, mindestens aber die Zustimmung von mehr als der Hälfte aller Mitglieder erforderlich. Zugleich mit dem Beschluss zur Auflösung des Verbandes ist über die

Verwendung des Vermögens und über die mit der Abwicklung zu beauftragenden Personen zu beschließen.

§ 12 Sonstiges

Sollte eine einzelne Bestimmung dieser Satzung gegen Recht und Gesetz verstoßen, so bleibt sie insgesamt gültig, nur die einzelne Bestimmung wird unwirksam. Die Regelung dieser Bestimmung erfolgt dann nach den Bestimmungen des BGB.

Die Vorstandsmitglieder:

Gernsheim, den 12.03.2009